

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

Wahlprogramme im DIHK-Check: Fachkräftesicherung – Aufgabe für die neue Bundesregierung

Mehr als 44 Millionen Menschen sind in Deutschland erwerbstätig – das ist Rekordniveau. Die Unternehmen wollen ihr Personal weiter aufstocken. Doch der zunehmende Fachkräftemangel bremsst sie immer öfter aus. Dagegen helfen Aus- und Weiterbildung sowie eine Reihe anderer Ansätze. Was planen die Parteien?

Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter ausbauen

■ Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist in den letzten zehn Jahren von 65 auf 75 Prozent gestiegen. Potenzial besteht allerdings insbesondere noch bei den Arbeitszeiten: Fast jede zweite Frau arbeitet in Teilzeit – mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 19 Stunden. Grund dafür sind vor allem familiäre Verpflichtungen. Unternehmen unterstützen ihre Beschäftigten daher mit vielfältigen Maßnahmen wie flexiblen Arbeitszeitmodellen. Die zentrale Voraussetzung, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, ist aber eine flexible und bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Aus DIHK-Sicht ist es daher positiv, dass sich die Parteien für den Ausbau der Kinderbetreuung sowie einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kita- und Schulkinder aussprechen. In den von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vorgeschlagenen Regelungen zur Chancengleichheit (z. B. Ausweitung von Quotenregelungen) sieht der DIHK jedoch die Gefahr von weniger Freiraum und mehr Bürokratie für Unternehmen.

Gesundheit im Fokus – nicht nur für Ältere

■ Es gibt eine Vielzahl weiterer Felder, auf denen die Betriebe aktiv sind, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten – jüngere wie ältere. Dazu gehört die betriebliche Gesundheitsförderung, mit der sich Unternehmen zudem als attraktive Arbeitgeber positionieren können. Viele Betriebe fördern bereits die Gesundheit ihrer Mitarbeiter. Gerade kleine und mittlere Unternehmen benötigen aber anfangs häufig Unterstützung in Form von Informationen, Kontakten, Austauschmöglichkeiten mit anderen Betrieben, Krankenkassen, Anbietern, etc. Die IHK-Organisation engagiert sich, vernetzt vor Ort die Akteure miteinander und bietet erste Orientierung. Wichtig ist, dass das über den gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsschutz hinausreichende Engagement der Betriebe freiwillig bleibt. Gesetzliche Vorgaben können den individuellen Gegebenheiten in den Betrieben kaum gerecht werden und schmälern zudem ihr Engagement, mit dem sie sich ja gerade von anderen Arbeitgebern abheben möchten. Daher ist es gut, dass in den Wahlprogrammen nur in Ausnahmefällen wie bei der von Die Linke geforderten Anti-Stressverordnung Regulierungspläne erkennbar sind.

Zuwanderung stärker erleichtern

■ CDU/CSU wollen die Einwanderung von Fachkräften am Bedarf der Volkswirtschaft ausrichten und die bestehenden Regelungen transparenter und effizienter gestalten. SPD und Bündnis 90/Die Grünen setzen auf ein Einwanderungsgesetz, das mit der Einführung eines Punktesystems einhergehen soll. Auch die FDP schlägt ein solches Modell vor, möchte aber gleichzeitig die Blue Card für Hochqualifizierte attraktiver gestalten. Hier plädiert der DIHK für eine Absenkung der Gehaltsschwelle. Ein Punktesystem ist aus Sicht des DIHK dagegen kein Garant für eine effizientere Steuerung der Zuwanderung. Denn es kann je nach Ausgestaltung sogar neue Bürokratie schaffen, wenn die Einstellung eines Mitarbeiters im Unterschied zu heute von den Vorgaben einer staatlichen Kommission und Quoten abhängt. Besser sind: mehr Information im Ausland zu den Perspektiven und Regelungen beim Weg nach Deutschland sowie die Unterstützung gerade von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte.